



Industrie- und Handelskammer
zu Köln

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum: 1. Juli 2026
Ort: Hybride Sitzung (Alte Schalterhalle der IHK Köln und MS-Teams)
Zeit: 17:00–19:45 Uhr

Inhalt

Inhalt	2
Beschlussübersicht.....	4
Links	4
Anlagen	4
TOP 1 Protokoll/Aktuelles.....	5
TOP 2 Politische Themen.....	6
2.1 Landespolitik: Interessenvertretung im Landtag.....	6
2.2 Kommunalpolitik: Resolution „Sanierung der Rheinbrücken beschleunigen und bis 2040 abschließen!“	7
2.3 Bundespolitik/Europapolitik.....	8
2.3.1 Resolution „Verkehrsinfarkt abwenden. Brücken sanieren. Jetzt handeln!“	8
2.3.2 Resolution „Sondervermögen: Neuordnung der Kommunalfinanzen statt Tropfen auf den heißen Stein“	9
2.3.3 Resolution „Sozialversicherungsfreiheit für Selbstständige erhalten!“	10
2.3.4 Resolution „Noch mehr Bürokratie verhindern: Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970 aussetzen und überdenken!“	11
TOP 3 IHK Köln	12
3.1 Vorstellung eines neuen Geschäftsbereichsleitenden und zweier neuer Referentinnen	12
3.2 Projekt „IHK Köln der Zukunft“	13
3.3 Anpassung der Sachverständigenordnung	14
3.4 Finanzen: Jahresabschluss 2025 der IHK Köln.....	14
3.5 Gremien.....	16
3.5.1 Kooptationen in die Vollversammlung.....	16
3.5.2 Nachberufungen in die Ausschüsse und Beratenden Versammlungen	18
3.5.3 Video-Berichte aus den Gremien.....	18
TOP 4 Sonstiges	19

Teilnehmende der Sitzung der Vollversammlung am 1. Juli 2026

An der Sitzung haben in Präsenz teilgenommen:

Mitglieder der Vollversammlung

Anton Bausinger, Fabian Bauwens-Adenauer, Heinrich Philipp Becker, Prof. Katja Becker, Dr. Christina Behrens, Stefan Bisanz, Fred Arnulf Busen, Bernhard Conin, Anke Eickhoff, Katharina Esser, Dr. Claudia Eßer-Scherbeck, Louise Farina, Sylvia Fehn-Madaus, Sebastian Fränk, Mike Gahn, Sven Gebhard, Harald Goost, Björn Griesemann, Dr. Ernst Grigat, Dr. Nicole Grünewald, Mariska Hoffmann, Annette Imhoff, Bruno Joachim, Dorothee Junck, Dr. Martin Küster, Nina Luig, Sandra Mortsiefer, Ralf Müller, Dr. Paul Pérez-Maletz, Hendrik Pilatzki, Michael Reiss, Nina Remagen, Jörn Richling, David Roth, Heribert Schamong, Thilo Schmid, Alina Schmidt, Helmut Schmitz, Aurel Schoeller, Prof. Dr. Elmar Schuhmacher, Wolfgang Schwade, Prof. Michael Schwertel, Willi Stollenwerk, Dr. Christoph Tettinger, Michael Volkmann, Timo von Lepel, Dr. Heribert Warken, Dr. Markus Wiedenmann, Astrid Windfuhr, Prof. Dr. Hilmar Wisplinghoff, Turadj Zarinfar, Claudia Zimmer, Andreas Zittlau

Gäste der Vollversammlung

Stephan Drouvé, Jan Heitmann, Nina Henschel, Justin L. Kassel, Dr. Daniel Koch, Moritz Mertens, Seniha Sahin

Hauptamt

Julia Deitermann, Daniela Dick, Alexander Felsch, Rainer Görtz, Björn Gräff, Frank Hemig, Philipp Koecke, Dennis Kürten, Detlef Kürten, Jörg Löbker, Petra Lohmann, Janine Mertens, Alena Rej, Jasna Rezo-Flanze, Dr. Tobias Rolfes, Michael Sallmann, Kyra Sängler, Anissa Saysay, Jaana Schnell, Georg Sprenger, Sabine Thiele, Dr. Uwe Vetterlein, Dustin Weil, Birgit Wirtz, Susanne Wollenweber, Dirk Zacke

An der Sitzung haben virtuell teilgenommen:

Mitglieder der Vollversammlung

Laura Abels, Ute Biernat, Ralph Bombis, Martin Finke, Dr. Bastian Franzkoch, Tina Gerfer, Marina Gouva, Georg-Maximilian Heggemann, Norbert Hentschel, Thomas Müller, Dr. Sarah Opitz, Hans-Ewald Schneider, Sven C. Sixt, Prof. Sibylle Stürmer, Prof. Dr. Christoph Willers, Markus Wißkirchen, Sebastian Wolfram, Julia Zeidler

Gäste der Vollversammlung

Prof. Dr. Werner Schwaderlapp, Dr. Arndt Selbach

Nicht teilnehmen konnten:

Mitglieder der Vollversammlung

Nadja Albrecht, Kim Bauer, Ann-Sophie Bauwens-Adenauer, Andreas Bettermann, Felix Binsack, Stefan Büscher, Johannes Cramer, Alicia Dahm, Oliver Dillenburger, Susanne Fabry, Carina Flosbach, Stefan Frey, Bernhard Graner-Sommer, Rike Johnsen, Uwe Kessel, Franz Josef Khalifeh, Christopher Landsberg, Roland Lenzing, Stefan Löcher, Dr. Andrea Maessen, Dr. Michael Metten, Jürgen Pütz, Tarja Radler, Gottfried Rüßmann, Thomas Schumacher, Lionel Souque, Tatjana Voigt, Ulrich Voigt, Dr. Sandra von Möller, Karin Will, Peter Zens, Ortrun Zipperlin

Ehrenpräsident Paul Bauwens-Adenauer

Ehrenmitglieder der Vollversammlung

Theodor Josef Greif, Dr. Hermann H. Hollmann, Christian Peter Kotz, Karl Kriegeskorte, Dirk Malmedé,
Prof. h.c. Manfred Maus, Franz Sauer

Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
1	Resolution: „Sanierung der Rheinbrücken beschleunigen und bis 2040 abschließen!“
2	Resolution: „Verkehrsinfarkt abwenden. Brücken sanieren. Jetzt handeln!“
3	Resolution: „Sondervermögen: Neuordnung der Kommunalfinanzen statt Tropfen auf den heißen Stein“
4	Resolution: „Sozialversicherungsfreiheit für Selbstständige erhalten!“
5	Resolution: „Noch mehr Bürokratie verhindern: Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970 aussetzen und überdenken!“
6	Anpassung der Sachverständigenordnung der IHK Köln
7	Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025
8	Ergebnisvortrag 2025 auf neue Rechnung
9	Entlastung der Präsidentin, des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers
10	Zuwahl Stephan Drouvé in Wahlgruppe 01
11	Zuwahl Nina Henschel in Wahlgruppe 17
12	Zuwahl Daniel Koch in Wahlgruppe 26

Links

IHK Köln der Zukunft:

<https://www.ihk.de/koeln/hauptnavigation/ihre-ihk/ihk-der-zukunft-6249258>

Video-Berichte aus den Gremien:

<https://youtu.be/NmqPXnf6FIY>

<https://www.ihk.de/koeln/hauptnavigation/ihre-ihk/die-gremien-struktur-der-ihk-koeln--5125310>

Anlagen

Anlage 1: Bestandsaufnahme: Unsere Brücken unter Druck

TOP 1 Protokoll/Aktuelles

Nicole Grünewald eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Teilnehmenden im Saal und an den Bildschirmen. Sie teilt mit, dass zum Protokoll der Vollversammlung vom 26. März 2026 innerhalb der Drei-Wochen-Frist nach Versand bis zum 4. Mai 2026 keine Änderungsanträge bei der Hauptgeschäftsführung eingegangen sind. Das Protokoll gilt damit als genehmigt und wurde am 7. Mai 2026 auf der Website der IHK Köln veröffentlicht.

Nicole Grünewald gratuliert Rike Johnsen und Markus Wiedenmann herzlich zu ihren runden Geburtstagen.

Anschließend würdigt sie das 50-jährige Firmenjubiläum der Griesemann Gruppe GmbH & Co. KG. Karl Peter Griesemann gründete 1977 die Firma Consulting Engineers mit Schwerpunkt im mechanischen Anlagenbau und legte damit den Grundstein für die heutige Unternehmensgruppe. Aus dem damaligen Ein-Mann-Büro ist ein großes Familienunternehmen mit rund 1.670 Mitarbeitenden an mehr als 45 Standorten in Deutschland, Österreich und den Niederlanden geworden. Sie gratuliert Björn Griesemann sehr herzlich zu dieser besonderen Unternehmensgeschichte und überreicht ihm die Urkunde zum Firmenjubiläum.

Nicole Grünewald begrüßt danach Thilo Schmid als nachgerücktes Mitglied der Vollversammlung. Sie verpflichtet ihn mit Handschlag zur objektiven Wahrnehmung seiner Aufgaben in der Vollversammlung und heißt ihn im Ehrenamt herzlich willkommen.

Nicole Grünewald blickt anschließend auf drei erfolgreiche Veranstaltungen der IHK Köln zurück. Bei der Veranstaltung „Zukunft Ausbildung“ am 29. April 2026 wurden 266 Vorschläge für die Preise eingereicht – ein neuer Rekord. Der Preis in der Kategorie „Ausbildungsengagement“ ging an Sabine Kipke von der P.J. Schulz GmbH in Bergisch Gladbach. Den Preis für das beste innovative Konzept gewannen die Auszubildenden der igus SE & Co. KG. Bei der Bestenehrung Fortbildung am 29. Mai 2026 wurden aus 3.336 Fortbildungsabsolventinnen und -absolventen 108 Beste ausgezeichnet. Außerdem fand am 23. Juni 2026 der zweite Tag der Sicherheit statt. Im Mittelpunkt standen Krisenvorsorge, Resilienz und Cybersicherheit. Der dritte Tag der Sicherheit ist für den 9. November 2026 geplant.

Zum Kohleausstieg berichtet **Nicole Grünewald**, dass die gesetzlich vorgesehene Überprüfung des vorgezogenen Kohleausstiegs 2030 zum 15. August 2026 im Fokus der IHK Köln steht. Da die erste gesetzlich vorgesehene Überprüfung zum 15. August 2022 nicht stattgefunden hat, haben wir das verantwortliche Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angeschrieben. Auf das Schreiben der IHK Köln vom 2. April 2026 an Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, nachrichtlich auch an Mona Neubaur, hat Staatssekretär Frank Wetzel für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geantwortet. Das Ministerium werde zum 15. August 2026 eine Evaluierung mit Aussagen zu den Braunkohleblöcken vorlegen. Zugleich bedankte sich das Ministerium für die klare Haltung und Unterstützung der IHK Köln. Auch Mona Neubaur hat geantwortet. Sie hat auf die aus ihrer Sicht nicht rechtzeitig vorliegende Kraftwerksstrategie des Bundes verwiesen und betont, dass Versorgungssicherheit für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen Priorität hat. **Nicole Grünewald** bewertet positiv, dass nun auch aus Sicht des Landes der Versorgungssicherheit oberste Priorität eingeräumt wird. Michael Geßner, Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, hat in der Sitzung der Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg bereits auf den gesetzlich vorgesehenen Reservebetrieb bis 2033 hingewiesen. **Nicole Grünewald** kündigt an, dass die IHK Köln das Thema weiter eng begleiten wird. Die Rheinische Post hat das Thema am 30. Juni 2026 unter der Überschrift „Der Kohleausstieg in NRW wackelt“ aufgegriffen. Es muss befürchtet werden, dass 2033 als neues Datum für den Kohleausstieg genannt wird – erneut ohne Strategie, wie das funktionieren kann. Hier ist die IHK Köln gefordert, denn unsere Unternehmen brauchen nunmehr wirklich Verbindlichkeit bezüglich sicherer und bezahlbarer Energie. Daher fordern wir weiterhin „kein Ausstieg ohne Einstieg“. Zurzeit ist noch keines der allein für Nordrhein-Westfalen benötigten acht großen wasserstofffähigen Gaskraftwerke (mit jeweils 1 GW Leistung) genehmigt. Es darf nicht das eine unrealistische Datum 2030 durch ein weiteres unrealistisches Datum 2033 ersetzt werden. Darüber hinaus geht es im Rheinischen Revier um 15.000 Arbeitsplätze, die zurzeit direkt oder indirekt an der Kohle hängen. Es ist bislang auch nicht zu erkennen, wie diese in den kommenden Jahren durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden sollen. Doch auch davon hängt ein gelungener Strukturwandel im Rheinischen Revier ab; dafür wird sich die IHK Köln künftig weiterhin einsetzen.

Nicole Grünewald führt fort, dass die IHK Köln beim Thema Arbeitszeitgesetz gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 26. März 2026 entsprechende Schreiben an Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas,

an Staatssekretär Thomas Steffen im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und an die Bundestagsabgeordneten im Kammerbezirk versendet hat. Staatssekretär Thomas Steffen hat geantwortet, dass sich das Bundeswirtschaftsministerium dafür einsetzt, alle rechtlichen Spielräume zu nutzen, insbesondere auch für nicht tarifgebundene und kleine und mittlere Unternehmen. Neue bürokratische Belastungen sollen vermieden werden. Er sicherte der IHK Köln Unterstützung in diesem Anliegen zu. Serap Güler unterstützt ebenfalls eine umfassende Modernisierung und Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern und auf die veränderten Bedürfnisse von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Beschäftigten zu reagieren.

Nicole Grünewald berichtet weiter über die gescheiterte Fusion der IHK Mittleres Ruhrgebiet (Bochum) und der IHK zu Essen. Die beiden Kammern haben zusammen rund 97.000 Mitglieder. Nach einem elfmonatigen Prüfprozess wurde vom dafür eingesetzten Lenkungskreis die Verschmelzung empfohlen. Die beiden Vollversammlungen stimmten jedoch am 1. Juni 2026 gegen die Vereinigung. Das gemeinsame Projekt „IHK Ruhr“ ist damit gescheitert. Als Hintergründe werden ungeklärte finanzielle Auswirkungen der Fusion und ein nicht optimal gesteuerter Prozess genannt. Der Hauptgeschäftsführer der IHK Mittleres Ruhrgebiet, Michael Bergmann, wurde abberufen.

Abschließend geht **Nicole Grünewald** auf die neu gegründete Wirtschaftsallianz Exzellent Köln ein. Initiatoren sind die Koelnmesse, RheinEnergie, NetCologne und igus, hinzu kommen 21 weitere Mitglieder. Ziel der Initiative ist es, die wirtschaftliche Stärke Kölns und der Region sichtbar zu machen und die Wirtschaftsfreundlichkeit des Standorts spürbar voranzubringen. Die IHK Köln begrüßt dieses Engagement und wünscht der Initiative, in der auch Vizepräsident Hilmar Wisplinghoff sowie weitere Mitglieder der Vollversammlung aktiv sind, viel Erfolg. Zugleich weist **Nicole Grünewald** darauf hin, dass die zentralen Ziele der Initiative zum Aufgabenbereich der 2019 als Tochtergesellschaft der Stadt Köln gegründeten KölnBusiness Wirtschaftsförderung (KBW) gehören. Dazu zählen unter anderem der Austausch zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand, die Mittlerfunktion zwischen Unternehmen und Stadtverwaltung, die Werbung für Unternehmensansiedlungen sowie die Bestandspflege bereits ansässiger Unternehmen. Für diese Aufgaben erhält die KBW jährlich zwischen zwölf und dreizehn Millionen Euro städtische Zuschüsse. Umso wichtiger ist es, dass sie ihren Auftrag ernst nimmt und den Wirtschaftsstandort Köln wirksam unterstützt.

TOP 2 Politische Themen

2.1 Landespolitik: Interessenvertretung im Landtag

Nicole Grünewald bittet Alexander Felsch um seinen Bericht zu aktuellen landespolitischen Themen und zur Interessenvertretung der IHK Köln im Landtag.

Alexander Felsch stellt drei Gesetzentwürfe der Landesregierung vor, die im Landeskabinett eingebracht wurden und zu denen das Land die Verbändeanhörung eingeleitet hat. Die IHK Köln hat sich im Rahmen dieser Anhörung mit Stellungnahmen beteiligt. Die Gesetzentwürfe stehen unter der Überschrift „Entbürokratisierung und Digitalisierung“.

Zunächst geht **Alexander Felsch** auf den Gesetzentwurf zur Verwaltungsvereinfachung in Kommunen ein. Kommunen sollen künftig die Möglichkeit erhalten, über Experimentierklauseln Regelungen für eine bestimmte Zeit auszuprobieren. Ziel ist es, Verfahren zu vereinfachen und schneller zu Ergebnissen zu kommen. Dabei bewertet er die Stoßrichtung als richtig, weist jedoch darauf hin, dass viele Kommunen angesichts ihrer aktuellen Belastung nur begrenzte Kapazitäten für Experimente haben.

Für die Unternehmen besonders relevant sind die beiden weiteren Gesetzentwürfe. Zum einen sollen wirtschaftsrelevante Berichts- und Dokumentationspflichten des Landes grundsätzlich entfallen. Dies betrifft insbesondere solche Pflichten, die auf Landesrecht beruhen, beispielsweise im Landeswassergesetz oder in der Landesbauordnung. Ausnahmen sollen nur dort möglich sein, wo der Wegfall von Pflichten Gefahren für Leib und Leben verursachen könnte. In diesen Fällen müssen die jeweiligen Pflichten ausdrücklich in eine Verordnung aufgenommen und vom Landeskabinett beschlossen werden. Er betont, dass an solche

Ausnahmen strenge Anforderungen zu stellen sind und ihre Anwendung auf begründete Einzelfälle beschränkt werden sollte. Der dritte Gesetzentwurf sieht die Aufhebung von Schriftformerfordernissen vor. Dies ist insbesondere für Bauanträge, Nachreichungen, Gutachten und weitere Unterlagen in Genehmigungsverfahren relevant. Künftig sollen Unterschriften und papiergebundene Einreichungen in vielen Fällen entfallen können. Damit würde beispielsweise ein wichtiger Schritt in Richtung einer wirklich digitalen Bauakte möglich.

Alexander Felsch weist darauf hin, dass die drei Gesetzentwürfe noch nicht beschlossen sind. Nach Auswertung der Verbändeanhörung werden sie erneut im Kabinett beraten und anschließend in den Landtag eingebracht. Er geht davon aus, dass die Gesetze bei planmäßigem Verlauf noch vor den Herbstferien 2026 in Kraft treten und positive Wirkung für Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entfalten können.

2.2 Kommunalpolitik: Resolution „Sanierung der Rheinbrücken beschleunigen und bis 2040 abschließen!“

Nicole Grünewald führt aus, dass die Vollversammlung in dieser Sitzung zwei Resolutionen zur Brückeninfrastruktur beraten wird. Hintergrund ist, dass nicht nur eine Brücke betroffen ist, sondern mehrere und damit auch verschiedene Adressaten. Sie bittet Alexander Felsch, den Mitgliedern der Vollversammlung zunächst mit einer Präsentation (Anlage 1) einen Überblick über die betroffenen Brücken zu verschaffen.

Alexander Felsch zeigt den Zustand der Brücken im Kammerbezirk von Nord nach Süd. Vollumfänglich nutzbare Rheinquerungen sind in der Region inzwischen die Ausnahme. Anhand eines Ampelsystems ordnet er ein, bei welchen Brücken aus Sicht der IHK Köln besonderer Handlungsdruck besteht.

Die neue Leverkusener Brücke ist nach seiner Einschätzung in gutem Zustand und ohne Einschränkungen nutzbar. Ein besonderes Augenmerk gilt jedoch der Stelze auf der A1 zwischen der Leverkusener Brücke und dem Leverkusener Kreuz. Diese weist starke Schäden auf; derzeit bestehen jedoch noch keine Gewichtsbeschränkungen. Die im Bau befindliche Mülheimer Brücke ist wegen der deutlich reduzierten Belastbarkeit für den Güterverkehr nicht nutzbar. Hier wird zudem deutlich, wie lange Sanierungen dauern können. Ein Bauwerk von besonderer Bedeutung ist die Zoobrücke. Sie muss nach dem bisherigen Zeitplan noch sehr lange durchhalten, obwohl bereits Geschwindigkeits- und Gewichtsbeschränkungen bestehen. Auch die Deutzer Brücke und die Severinsbrücke weisen Einschränkungen und technische Probleme auf. Die Rodenkirchener Brücke wird durch die Sperrung der Bonner Nordbrücke zusätzlich belastet und muss ebenfalls erneuert werden. Von der Rodenkirchener Brücke auf der A4 nach Westen kommt noch die Eifeltorbrücke hinzu. Die ist zwar keine Rheinbrücke, aber für den Güterverkehr von erheblicher Bedeutung. Sie kann derzeit nur eingeschränkt genutzt und muss zügig neu gebaut werden. Zum Schluss zeigt er die mindestens bis Ende 2028 vollständig gesperrte Bonner Nordbrücke.

Nicole Grünewald dankt Alexander Felsch für die Einordnung. Die Lage ist ernst und die Entwicklung nicht überraschend gekommen. Aus Sicht der IHK Köln ist es deshalb notwendig, die Dringlichkeit stärker herauszustellen und die politisch Verantwortlichen klar zu adressieren.

Sandra Mortsiefer, Co-Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität, stellt die Eckpunkte der Resolution „Sanierung der Rheinbrücken beschleunigen und bis 2040 abschließen!“ vor. Sie erläutert, dass die beiden Brückenresolutionen bewusst getrennt beraten werden, um die jeweils verantwortlichen Ebenen klar anzusprechen: den Bund für die Autobahnbrücken und die Stadt Köln für die kommunalen Rheinquerungen.

Die erste Resolution richtet sich an die Stadt Köln. **Sandra Mortsiefer** führt aus, dass der städtische Sanierungsfahrplan aus Sicht des Ausschusses für Mobilität zu langsam, zu riskant und nicht resilient genug ist. Die Kölner Rheinbrücken sind zentrale Verkehrsachsen für Unternehmen, Beschäftigte, Logistik und Pendler. Nach dem bisherigen Zeitplan würden sich die Sanierungen über Jahrzehnte erstrecken. Köln bliebe damit eine Dauerbaustelle – mit erheblichen Folgen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Erreichbarkeit der Stadt und den innerstädtischen Verkehr.

Sie weist darauf hin, dass die Sanierung ausgerechnet der stark belasteten und nur noch eingeschränkt befahrbaren Zoobrücke nach dem bisherigen Fahrplan erst ab 2040 beginnen soll. Sollte Köln in diesem

Zeitraum Olympische und Paralympische Spiele ausrichten wollen, wäre dies aus Sicht des Ausschusses ein erheblicher Widerspruch.

Die Resolution fordert deshalb einen deutlich beschleunigten und sich zeitlich überlappenden Sanierungsfahrplan. Severinsbrücke, Deutzer Brücke und Zoobrücke sollen bis spätestens 2040 instandgesetzt sein. Dazu sollen klare Zeitpläne definiert und alle Beschleunigungsmöglichkeiten genutzt werden. Hierzu gehört auch die Prüfung öffentlich-privater Partnerschaften mit klaren Verantwortlichkeiten und verbindlichen Zeitplänen. Ziel ist es, dass Köln als Wirtschafts- und Mobilitätsstandort handlungsfähig bleibt.

Nicole Grünewald dankt Sandra Mortsiefer und dem Ausschuss für Mobilität für die Erarbeitung der Resolution.

Hans-Ewald Schneider berichtet von seinem Austausch mit Bundesverkehrsminister Schnieder und bittet darum, in der politischen Kommunikation nicht nur den Güterverkehr, sondern auch den Pendlerverkehr hervorzuheben. Gerade über die Pendlerinnen und Pendler erhalte das Thema eine wichtige wahlpolitische Dimension. Mit Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sollte Mobilität aus seiner Sicht intensiv und direkt an die Parteien adressiert werden. Außerdem weist er auf die Bedeutung der Rheinspange 553 als Entlastungsverbindung zwischen Porz und Wesseling hin.

Nicole Grünewald dankt Hans-Ewald Schneider für die Wortmeldung und sein persönliches Engagement. Sie berichtet, dass die IHK Köln auch mit Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski über das Thema gesprochen hat. Diese haben zwar auf die Zuständigkeit des Bundes für viele Brücken verwiesen, zugleich aber Unterstützung zugesagt. Die IHK Köln werde sie deshalb weiter in die Verantwortung nehmen. Sie verweist darauf, dass Logistik und Pendlerverkehre in der Resolution ausdrücklich genannt sind. Die Rheinspange wird in der folgenden Resolution zu den Autobahnbrücken aufgegriffen; außerdem gibt es zur Rheinspange bereits eine Resolution der Vollversammlung.

Markus Wiedenmann regt an, das Thema öffentlichkeitswirksam mit einer „Brückenuhr“ sichtbar zu machen, ähnlich wie bei der Windrad-Schuldenuhr der IHK. Damit kann plakativ dargestellt werden, wie kritisch der Zustand vieler Brücken inzwischen ist. **Nicole Grünewald** dankt ihm für die Anregung und bestätigt, dass eine klare und leicht verständliche Kommunikation beim sehr wirtschaftsrelevanten Thema Brücken von großer Wichtigkeit ist.

Nicole Grünewald erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen, auch aus dem Kreis der digital Teilnehmenden. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt sie den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS 1

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution
„Sanierung der Rheinbrücken beschleunigen und bis 2040 abschließen!“.

Ja: 62

Enthaltung: 0

Nein: 0

2.3 Bundespolitik/Europapolitik

2.3.1 Resolution „Verkehrsinfarkt abwenden. Brücken sanieren. Jetzt handeln!“

Nicole Grünewald leitet zur zweiten Brückenresolution über. Diese wurde aufgrund der aktuellen Entwicklungen kurzfristig gemeinsam mit den Vorsitzenden des Ausschusses für Mobilität und dem Präsidium erarbeitet. Anlass waren insbesondere die Vollsperrung der Bonner Nordbrücke am 3. Juni 2026 sowie die vorläufige Sperrung der A4 bei Köln-Eifeltor in Richtung Olpe für Lkw über 7,5 Tonnen eine Woche später.

Jan Heitmann, Co-Vorsitzender des Ausschusses für Mobilität, stellt die Resolution „Verkehrsinfarkt abwenden. Brücken sanieren. Jetzt handeln!“ vor. Er führt aus, dass die aktuelle Brückensituation kein lokales Einzelproblem, sondern ein massives Standortrisiko für die gesamte Region ist. Die Sperrungen und Einschränkungen belasten Unternehmen, Logistik, Lieferketten, Beschäftigte und Pendler erheblich. Zwischen

Koblenz und Emmerich befinden sich auf nahezu allen wichtigen Rheinquerungen und Verbindungen zu den Seehäfen kritische Bauwerke.

Besonders betroffen sind in unserer Region die Wiehltalbrücke, die Rodenkirchener Autobahnbrücke, die Brücke bei Köln-Eifeltor sowie die Zufahrten zur Leverkusener Brücke. Wenn weitere Beschränkungen hinzukommen, droht nach Einschätzung des Ausschusses für Mobilität ein Verkehrsinfarkt für den Güterverkehr. Die Wirtschaft ist jedoch auf eine verlässliche Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähige Ost-West-Verbindungen angewiesen.

Mit der Resolution wird deshalb ein klares Umsteuern gefordert. Strategisch wichtige Brücken im Rheinland müssen höchste Priorität erhalten. Planungs- und Genehmigungsverfahren sind maximal zu beschleunigen, Behörden besser zu koordinieren und Planung und Bau funktional auszuschreiben. Auch die seit Jahrzehnten zugesagte Rheinspange A553 zwischen Köln und Bonn muss endlich vorangebracht werden. Bund und Land werden aufgefordert, die Brückensanierungen und die Rheinquerungen mit maximaler Priorität zu behandeln.

Nicole Grünewald dankt Jan Heitmann für die Vorstellung. Sie verweist darauf, dass die IHK Köln künftig das „Rahmede-Tempo“ auch für andere Brücken einfordern wird. Das Beispiel der Rahmedetalbrücke hat gezeigt, dass eine schnellere Umsetzung möglich ist, wenn entsprechend priorisiert wird.

In der anschließenden Diskussion regt **Ernst Grigat** an, angesichts der langen Sanierungszeiträume auch Eisenbahnbrücken und zusätzliche Rheinquerungen wie eine mögliche Monheimer Brücke in den Blick zu nehmen. **Hans-Ewald Schneider** spricht sich dafür aus, dass die betroffenen IHKs zwischen Emmerich und Koblenz gemeinsam auftreten und ihre Forderungen gebündelt an den Bund richten. **Uwe Vetterlein** erläutert, dass diese Bündelung über die Metropolregion Rheinland bereits erfolgt ist und es hierzu auch schon einen gemeinsamen Termin mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern beim Bundesverkehrsministerium gab. Aus Sicht der IHK Köln muss der Druck jedoch weiter erhöht werden.

Anton Bausinger bittet darum, die Entwicklung der Mülheimer Brücke weiterhin eng zu begleiten. **Nicole Grünewald** berichtet, dass die IHK Köln hierzu bereits eine eigene Studie beauftragt hat, dass allerdings die Stadt Köln bei der Datenbereitstellung bislang nicht so kooperativ ist wie erhofft. **Helmut Schmitz** hebt die Bedeutung Kölns als Knotenpunkt für den internationalen Transitverkehr hervor und spricht sich dafür aus, Entlastungsverbindungen wie die Monheimer Brücke mitzudenken.

Uwe Vetterlein betont, dass Köln historisch und auch heute ein zentraler Logistik- und Verkehrsknoten war und ist. Diese Bedeutung wurde in der politischen Debatte zuletzt zu wenig berücksichtigt. **Nicole Grünewald** ergänzt, dass funktionierende Brücken auch sicherheitspolitisch und militärstrategisch relevant sind. **Markus Wiedenmann** und **Stefan Bisanz** unterstreichen diese Dimension und weisen auf die Rolle Deutschlands als zentrale Drehscheibe der NATO sowie auf die Vorbereitungen der Bundeswehr im Bereich eigener Brückenbaukapazitäten hin.

Nicole Grünewald fasst zusammen, dass die Diskussion die Dringlichkeit der Resolution noch einmal unterstreicht. Die IHK Köln wird das Thema mit Nachdruck weiterverfolgen.

Sie erkundigt sich, ob es weitere Fragen oder Anmerkungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 2

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution
„Verkehrsinfarkt abwenden. Brücken sanieren. Jetzt handeln!“.

Ja: 64

Enthaltung: 0

Nein: 0

2.3.2 Resolution „Sondervermögen: Neuordnung der Kommunalfinanzen statt Tropfen auf den heißen Stein“

Nicole Grünewald leitet zur Resolution „Sondervermögen: Neuordnung der Kommunalfinanzen statt Tropfen auf den heißen Stein“ über. Sie führt aus, dass sich die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden seit Jahren

verschlechtert. Zugleich wächst der Investitionsbedarf, insbesondere bei Schulen, Straßen, Brücken und der kommunalen Infrastruktur.

Sie erläutert, dass die Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kammerbezirk regelmäßig auf die schwierige finanzielle Lage ihrer Kommunen hinweisen. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität hat zunächst Hoffnungen geweckt. Tatsächlich kommt auf kommunaler Ebene jedoch nur ein sehr geringer Teil der Mittel an.

Harald Goost stellt die vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik erarbeitete Resolution und die als Anlage 4 versandte Tabelle „Sondervermögen: Was kommt bei unseren Kommunen an?“ vor. Der Ausschuss hat sich damit befasst, was aus dem Sondervermögen in Nordrhein-Westfalen und konkret im Kammerbezirk der IHK Köln bei den Kommunen ankommt. Über zwölf Jahre hinweg ist das jährlich rund eine Milliarde Euro für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen zusammen. Diese Mittel schaffen auf kommunaler Ebene kaum zusätzliche Investitionsspielräume. Sie werden im Wesentlichen für bereits in den Haushalten eingeplante Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen verwendet. Der Investitionsstau löst sich dadurch nicht auf. Im besten Fall verlangsamt sich die weitere Kreditaufnahme.

Der Ausschuss für Wirtschaftspolitik fordert deshalb eine grundsätzliche Neuordnung der Kommunalfinanzen. Aufgaben und Ausgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen neu verteilt werden. Nur so können finanzielle Freiräume für Investitionen auf kommunaler Ebene entstehen, auf die Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger dringend warten.

Nicole Grünewald ergänzt, dass die Hoffnung der kommunalen Spitzenvertreterinnen und -vertreter auf das Sondervermögen enttäuscht wurde. In der Beratenden Versammlung im Rhein-Erft-Kreis wurde exemplarisch deutlich, dass die Mittel vor Ort kaum Wirkung entfalten. In vielen Kommunen reichen sie allenfalls aus, um gestiegene Zinszahlungen abzudecken. Die schwindende Handlungsfähigkeit der Kommunen liegt im Übrigen nicht daran, dass diese das Geld leichtfertig ausgeben, sondern daran, dass ihnen immer mehr Aufgaben z. B. vom Bund übertragen werden, deren Finanzierung nicht ausreichend gesichert ist.

Nicole Grünewald erkundigt sich nach Fragen oder Anmerkungen. Dies ist nicht der Fall. Sie dankt Harald Goost, dem Ausschuss für Wirtschaftspolitik sowie Mariska Hoffmann als Ausschusspatin für die Erarbeitung der Resolution. Sie verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 3

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution
„Sondervermögen: Neuordnung der Kommunalfinanzen statt Tropfen auf den heißen Stein“.

Ja: 66

Enthaltung: 0

Nein: 0

2.3.3 Resolution „Sozialversicherungsfreiheit für Selbstständige erhalten!“

Nicole Grünewald leitet zur Resolution „Sozialversicherungsfreiheit für Selbstständige erhalten!“ über. Sie weist darauf hin, dass die Diskussion über eine mögliche verpflichtende Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung wieder sehr aktuell ist. Denn das Thema wurde in den Vorschlägen der Rentenkommission aufgegriffen.

Harald Goost stellt die vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik erarbeitete Resolution vor. Der Ausschuss hat sich im Vorfeld mit fachlicher Unterstützung eines Rentenexperten des Instituts der deutschen Wirtschaft mit dem Thema befasst und spricht sich klar gegen eine verpflichtende Einbeziehung von Selbstständigen in das umlagefinanzierte Alterssicherungssystem aus.

Er erläutert, dass zur unternehmerischen Freiheit auch die Eigenverantwortung für die Altersvorsorge gehört. Außerdem sprechen aus Sicht des Ausschusses einige sachliche Gründe gegen eine Pflichtversicherung. Zusätzliche Pflichtbeiträge belasten Selbstständige finanziell, insbesondere in der Gründungsphase von Unternehmen und bei schwankenden Erträgen. Dies kann zu einem zusätzlichen Insolvenzrisiko werden.

Zugleich ist der Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung gering. Den zusätzlichen Beiträgen stehen perspektivisch auch zusätzliche Rentenansprüche gegenüber. Der Effekt ist daher allenfalls

langfristig spürbar. Zudem sorgen Selbstständige bislang erfolgreich vor: Ihr Armutsrisiko ist nach den ausgewerteten Studien nicht höher als bei abhängig Beschäftigten.

In der Resolution wird deshalb gefordert, die Sozialversicherungsfreiheit für Selbstständige zu erhalten. Darüber hinaus greift sie weitere bekannte Forderungen zur Stabilisierung des Rentensystems auf: das Renteneintrittsalter an die gestiegene Lebenserwartung zu koppeln, die Rente mit 63 abzuschaffen, den Nachhaltigkeitsfaktor zu reaktivieren und stärkere Anreize für eine Beschäftigung über die Regelaltersgrenze hinaus zu setzen.

In der Diskussion spricht sich **Wolfgang Schwade** gegen die Resolution aus. Das Anliegen mag aus seiner Sicht berechtigt sein, doch es muss Sorge getragen werden, dass das Rentenpaket vollständig verabschiedet wird. Wenn Interessengruppen nun versuchen, einzelne Bausteine herauszulösen, sieht er das Reformprojekt als Ganzes gefährdet.

Nicole Grünewald dankt für die Wortmeldung und betont, dass die IHK Köln den gesetzlichen Auftrag hat, die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen zu vertreten. Auch andere Interessenvertretungen wie etwa der DGB tragen ihre Positionen zugunsten ihrer Klientel gegen die Mitgliedsunternehmen der IHK Köln sehr deutlich vor. Gerade deshalb sei es wichtig, dass die IHK Köln die Perspektive ihrer Unternehmen ebenfalls klar formuliert und in die politische Debatte einbringt. Sonst besteht die Gefahr, dass das Rentenpaket zu Ungunsten der Unternehmen geändert wird.

Sie erkundigt sich, ob es weitere Fragen oder Anmerkungen gibt. Das ist nicht der Fall. Sie verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 4

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution
„Sozialversicherungsfreiheit für Selbstständige erhalten!“.

Ja: 29

Enthaltung: 15

Nein: 19

Damit ist die Resolution mehrheitlich angenommen.

2.3.4 Resolution „Noch mehr Bürokratie verhindern: Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970 aussetzen und überdenken!“

Nicole Grünewald leitet zur Resolution „Noch mehr Bürokratie verhindern: Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970 aussetzen und überdenken!“ über und bittet Elmar Schuhmacher, Vizepräsident und Ausschusspräsident des Ausschusses für Rechts- & Steuerpolitik, um die Vorstellung der Eckpunkte.

Elmar Schuhmacher erläutert, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie ein richtiges Ziel verfolgt: die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern zu stärken und ungerechtfertigte Entgeltunterschiede zu beseitigen. Dieses Ziel wird vom Ausschuss ausdrücklich unterstützt. Die konkrete Ausgestaltung der Richtlinie ist aus Sicht des Ausschusses jedoch der falsche Weg. Die Richtlinie führt zu umfangreichen Auskunft-, Berichts- und Dokumentationspflichten. Unternehmen müssen Gehaltsstrukturen offenlegen, geschlechtsspezifische Entgeltunterschiede analysieren und ab einer bestimmten Unternehmensgröße regelmäßig darüber berichten. Dadurch entsteht erheblicher zusätzlicher bürokratischer Aufwand, ohne dass damit aus Sicht des Ausschusses das Ziel der Beseitigung des Gender Pay Gaps tatsächlich erreicht wird.

Elmar Schuhmacher weist darauf hin, dass die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden muss. Die Umsetzungsfrist ist bereits abgelaufen, ein Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt jedoch weiterhin nicht vor. Eine Befassung des Bundeskabinetts wurde nach aktuellem Stand auf August 2026 verschoben. Aus Sicht des Ausschusses bestehen besondere Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendung. Dazu gehören insbesondere die Abgrenzung vergleichbarer Tätigkeiten, der Umgang mit unterschiedlichen Vergütungsbestandteilen und die mit der Richtlinie verbundene Rechtsunsicherheit. Für Unternehmen bedeutet dies zusätzliche Belastungen in einer ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage.

Die Resolution fordert deshalb, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Aussetzung und grundlegende Überarbeitung der Richtlinie einsetzt. Sollte dies nicht durchsetzbar sein, muss die Umsetzung in deutsches Recht strikt auf das europarechtlich Erforderliche begrenzt werden. Zusätzliche nationale Verschärfungen darf es nicht geben. Die Umsetzung muss verständlich, praxistauglich und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen so bürokratiearm wie möglich erfolgen.

Nicole Grünewald dankt Elmar Schuhmacher für die Vorstellung und dem Ausschuss für Rechts- & Steuerpolitik für die Erarbeitung der Resolution. Sie erkundigt sich nach Fragen oder Anmerkungen. Dies ist nicht der Fall. Sie verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 5

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution
„Noch mehr Bürokratie verhindern: Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970 aussetzen und überdenken!“.

Ja: 60

Enthaltung: 3

Nein: 0

TOP 3 IHK Köln

3.1 Vorstellung eines neuen Geschäftsbereichsleitenden und zweier neuer Referentinnen

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „IHK Köln“ über und kündigt die Vorstellung von drei neuen Mitarbeitenden der IHK Köln an. Alle drei haben künftig durch ihre Positionen verschiedene Berührungspunkte zu den Mitgliedsunternehmen.

Zunächst begrüßt **Nicole Grünewald** Philipp Koecke. Er übernimmt zum 10. August 2026 die Leitung der Geschäftsstelle Rhein-Erft und ist als Geschäftsbereichsleiter gemeinsam mit Alexander Felsch für den Geschäftsbereich Interessenvertretung verantwortlich.

Philipp Koecke berichtet über seine regionale Verbundenheit mit dem IHK-Bezirk. Er ist im Bergischen und Oberbergischen aufgewachsen, lebt seit vielen Jahren in Köln und ist mit dem Rhein-Erft-Kreis durch eine frühere berufliche Station in einem Frechener Unternehmen verbunden. Beruflich bringt er langjährige Erfahrung auf Vorstandsebene aus dem Bereich der regenerativen Energien mit, zunächst als CFO bei Unternehmen aus der Solarbranche und zuletzt als CFO im Bereich der Batterietechnik. Er lädt zum persönlichen Austausch über Anliegen, Herausforderungen und Fragen der Unternehmen ein. **Nicole Grünewald** hebt hervor, dass Philipp Koecke große Erfahrung in Themenfeldern mitbringt, die die IHK Köln und ihre Mitgliedsunternehmen im Rheinischen Revier und darüber hinaus derzeit besonders stark beschäftigen: Transformation, Energie, Klima, Umwelt, Finance, Start-ups und KI. Gemeinsam mit Alexander Felsch, der seine Erfahrungen aus Verbandsarbeit und Politik mitgebracht hat, ergänzt er den Bereich Interessenvertretung sehr gut.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es Fragen an Philipp Koecke gibt. Dies ist nicht der Fall.

Anschließend begrüßt **Nicole Grünewald** Janine Mertens. Sie verstärkt zum 1. September 2026 die Geschäftsstelle Rhein-Erft in Bergheim als Referentin Standortpolitik und wird Ansprechpartnerin im Rhein-Erft-Kreis sein.

Janine Mertens erläutert, dass sie ursprünglich aus dem technischen Bereich kommt. Sie ist Diplom-Ingenieurin und Innenarchitektin. Danach war sie viele Jahre bei L'Oréal, einem internationalen Unternehmen der Chemie- und Kosmetikbranche, tätig. Dort hat sie unterschiedliche Projekte begleitet, Teams geführt und Verantwortung übernommen. Sie lebt mitten im Rheinischen Revier und kennt deshalb die Region mit ihren Herausforderungen und Chancen sehr gut. Die Themen Strukturwandel und Energiewende sind daher für sie nicht nur beruflich relevant, sondern auch persönlicher Alltag. Sie freut sich darauf, die Anliegen der Unternehmen im Rhein-Erft-Kreis aufzunehmen und zu vertreten.

Nicole Grünewald dankt Janine Mertens für die Vorstellung und erkundigt sich nach Fragen. Dies ist nicht der Fall.

Danach begrüßt **Nicole Grünewald** Kyra Sänger. Sie arbeitet seit dem 15. Juni 2026 gemeinsam mit Anissa Saysay als Koordinatorin Landespolitik im Geschäftsbereich Interessenvertretung.

Kyra Sänger berichtet über ihre Erfahrung aus Landespolitik und Strukturwandel. Während ihres Studiums leitete sie ein Abgeordnetenbüro im Landtag Nordrhein-Westfalen. Zuletzt verantwortete sie die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit für ein Strukturwandelprojekt im Rheinischen Revier. Das Rheinische Revier liegt ihr besonders am Herzen, weil sie die Herausforderungen von Strukturwandelprojekten selbst kennengelernt hat. Darüber hinaus bringt sie Erfahrung aus Kampagnen, Wahlkämpfen und politischer Kommunikation mit. Sie freut sich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Vollversammlung.

Nicole Grünewald dankt Kyra Sänger für die Vorstellung. Sie erkundigt sich, ob es Fragen gibt. Das ist nicht der Fall. Sie bedankt sich bei den drei neuen Mitarbeitenden für ihre Vorstellungen und heißt sie in der IHK Köln herzlich willkommen.

3.2 Projekt „IHK Köln der Zukunft“

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „IHK Köln der Zukunft“ über und bittet Georg Sprenger um den aktuellen Statusbericht zum Umbauprojekt.

Georg Sprenger berichtet über den Baufortschritt und zeigt entsprechende Fotos. Inzwischen kann man den Fortschritt des Projektes deutlich sehen. Der Nordflügel am Maria-Ablass-Platz ist vollständig zurückgebaut; das Abbruchmaterial wird derzeit aufbereitet und abtransportiert. Im Bereich des früheren Technikgeschosses sind keine größeren negativen Überraschungen im Untergrund aufgetreten. Dies ist bei einem Bestandsbau eine sehr gute Nachricht.

Auch die Beton- und Rohbauarbeiten schreiten voran. Im Bereich „Unter Sachsenhausen“ und „Börsenplatz“ wurde die Decke über dem vierten Obergeschoss vollständig ersetzt. Außerdem wurden Brüstungen und Stützen im Bestand erneuert. Damit sind wesentliche Arbeiten an Bauteilen abgeschlossen, die die heutigen Anforderungen nicht mehr erfüllt hatten. Die Rückbauarbeiten sind damit im Wesentlichen beendet.

Ein zentraler nächster Schritt ist das Absenken der Bodenplatte im Erdgeschoss am Börsenplatz. Damit soll künftig ein ebenerdiger Zugang vom Börsenplatz in das Gebäude ermöglicht werden.

Auch historische Elemente des Gebäudes werden gesichert und aufgearbeitet. Der Paternoster wurde ausgebaut und soll nach Restaurierung wieder eingebaut werden. Für den Bestandsbau sind außerdem neue Kastenfenster in Abstimmung mit dem Denkmalschutz festgelegt worden. Diese sollen bis Ende des Jahres montiert sein, damit die Gebäudehülle zum Winter dicht ist.

Die Ausschreibungen für die Haustechnik wurden versendet und es gibt einen hohen Rücklauf an Angeboten. Die Gespräche mit den anbietenden Unternehmen beginnen Mitte Juli. Die Tektur zur Baugenehmigung wurde eingereicht; die Prüfung durch die Stadt Köln läuft. Die Erstellung der Ausführungsunterlagen liegt trotz umfangreicher Änderungen weitgehend im Plan.

Unmittelbar vor der nächsten Vollversammlungssitzung soll es für die Vollversammlungsmitglieder wieder die Möglichkeit einer Baustellenführung geben.

Nicole Grünewald dankt Georg Sprenger für den Bericht und bittet Anton Bausinger um seine fachliche Einschätzung.

Anton Bausinger berichtet als Bauexperte und Mitglied des Baubegleitgremiums aus seiner Sicht der Dinge. Zusammenfassend macht er deutlich, dass der von Georg Sprenger vorgestellte Sachstand dem aktuellen Stand auf der Baustelle entspricht und dass er den Projektverlauf als positiv bewertet.

Fabian Bauwens-Adenauer erkundigt sich mit Blick auf die Budgetübersicht nach den Rückläufen aus den Ausschreibungen zur Haustechnik. **Anton Bausinger** erläutert, dass die Angebote noch nicht abschließend ausgewertet sind. Belastbare Aussagen können erst nach Prüfung, Auswertung und Verhandlung der Angebote getroffen werden.

Uwe Vetterlein erläutert zur Tabelle „Kostenentwicklung“, dass diese im Verhältnis zur letzten Vollversammlungssitzung unverändert ist, da die Ergebnisse der Haustechnik-Ausschreibungen noch nicht final vorliegen. Aktualisierte Zahlen sollen in der nächsten Vollversammlungssitzung vorgestellt werden.

Nicole Grünewald dankt Anton Bausinger für seine fachliche Begleitung des Projekts „IHK Köln der Zukunft“ und sein großes Engagement. Sie ergänzt, dass weiterhin von einer Fertigstellung im Jahr 2028 ausgegangen wird. Sie erkundigt sich nach weiteren Fragen zum Projekt oder zur Tabelle „Kostenentwicklung“. Dies ist nicht der Fall.

3.3 Anpassung der Sachverständigenordnung

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „Anpassung der Sachverständigenordnung“ über. Sie erläutert, dass die DIHK die Mustersachverständigenordnung mit Beschluss vom 5. September 2025 geändert hat und die Sachverständigenordnung der IHK Köln entsprechend angepasst werden soll.

Ziel der Änderungen ist vor allem die weitere Digitalisierung des Sachverständigenwesens. Künftig sollen öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige mit der Bestellung grundsätzlich eine Bilddatei des Rundstempels erhalten. Einen physischen Rundstempel erhalten sie nur noch auf Anfrage. Gleichzeitig werden Vorgaben zur Nutzung der Bilddatei aufgenommen, um eine missbräuchliche Verwendung insbesondere nach Ende der Bestellung zu verhindern. Darüber hinaus wird die Sachverständigenordnung an den elektronischen Rechtsverkehr angepasst. Neben den bisherigen Kontaktdaten kann künftig auch ein sicherer Übermittlungsweg nach § 130a Abs. 4 ZPO veröffentlicht werden. Für gutachterliche Leistungen in elektronischer Form werden die Formvorgaben vereinfacht; soweit keine besondere Form vorgeschrieben ist, soll Textform ausreichen.

Nicole Grünewald führt aus, dass die Änderungen die digitale Kommunikation erleichtern und den Aufwand für die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen reduzieren. Die geänderte Sachverständigenordnung und die Synopse mit den Änderungen wurden mit der Einladung versendet.

Sie erkundigt sich nach Fragen oder Anmerkungen. Dies ist nicht der Fall. **Nicole Grünewald** verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 6

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die geänderte Sachverständigenordnung der IHK Köln in der vorliegenden Fassung.

Ja: 57

Enthaltung: 4

Nein: 0

3.4 Finanzen: Jahresabschluss 2025 der IHK Köln

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „Finanzen: Jahresabschluss 2025 der IHK Köln“ über. Sie berichtet, dass die Rechnungsprüfungsstelle für die Industrie- und Handelskammern der IHK Köln im Rahmen der Schlussbesprechung am 29. April 2026 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2025 erteilt hat. Die Mitglieder des Beitrags- und Finanzausschusses, Hendrik Pilatzki, Michael Metten und Hilmar Wisplinghoff, haben den testierten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 in ihrer letzten Sitzung beraten und zustimmend zur Kenntnis genommen.

Hendrik Pilatzki, Vizepräsident und Vorsitzender des Beitrags- und Finanzausschusses, erläutert den Jahresabschluss. Er berichtet zunächst, dass an der Schlussbesprechung neben der Rechnungsprüfungsstelle auch Vertreterinnen und Vertreter der Rechtsaufsicht des Landeswirtschaftsministeriums teilgenommen haben. Die Rechnungsprüfungsstelle habe die Qualität der Aufbereitung der Zahlen durch die IHK Köln ausdrücklich positiv bewertet. Dies hat auch Eindruck auf die Vertreterinnen und Vertreter der Rechtsaufsicht gemacht. **Hendrik Pilatzki** dankt Jaana Schnell und dem Team des Hauptamtes für die sehr gute Arbeit.

Anschließend stellt **Hendrik Pilatzki** die wesentlichen Zahlen des Jahresabschlusses 2025 vor. Die Betriebserträge liegen bei 58,6 Millionen Euro und damit 3,1 Millionen Euro über dem Vorjahr.

Dieser Anstieg ergibt sich im Wesentlichen aus höheren Erträgen aus IHK-Beiträgen, insbesondere durch die endgültige Abrechnung von Bemessungsgrundlagen aus Vorjahren sowie höhere Umlagen aus dem laufenden Jahr 2025. Die Erträge aus Gebühren steigen leicht auf 8,9 Millionen Euro, die Erträge aus Entgelten liegen bei rund 2,7 Millionen Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge sinken, da im Vorjahr ein einmaliger Versicherungsertrag im Zusammenhang mit einem Wasserschaden im Börsensaal enthalten war.

Der Betriebsaufwand beträgt 49,6 Millionen Euro. Der Personalaufwand liegt bei 19,3 Millionen Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei 24,3 Millionen Euro und damit höher als im Vorjahr. Ursächlich sind insbesondere die Miete und die Nebenkostenvorauszahlungen für das Interimsgebäude sowie konsumtive Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt „IHK Köln der Zukunft“. Insgesamt belaufen sich die Auszahlungen für das Projekt „IHK Köln der Zukunft“ im Jahr 2025 auf 11,3 Millionen Euro. Davon entfallen 2,7 Millionen Euro auf den konsumtiven Anteil (Aufwand) und 8,6 Millionen Euro auf den investiven Anteil.

Insgesamt ergibt sich ein Betriebsergebnis von 8,9 Millionen Euro und ein Finanzergebnis von 644.000 Euro. Nach Abzug der Steuern beträgt das Jahresergebnis 2025 9,5 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung des Ergebnisvortrags aus dem Vorjahr und der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Zuführung zur Finanzierungsvorsorge ergibt sich für 2025 ein Ergebnis in Höhe von 13.283.384,41 Euro.

Hendrik Pilatzki erläutert zudem die wesentlichen Positionen der Bilanz. Das Anlagevermögen steigt auf 38,7 Millionen Euro. Die Sachanlagen betreffen nahezu vollständig die Anlagen im Bau im Rahmen des Projekts „IHK Köln der Zukunft“. Die Finanzanlagen sinken, da endfällige Wertpapiere in liquide Mittel umgeschichtet wurden. Die liquiden Mittel steigen entsprechend und stehen für die nächsten Rechnungen im Bauprojekt zur Verfügung. Der Finanzmittelbestand der IHK Köln beträgt zum Ende der Periode 2025 39 Millionen Euro. Die Risikovorsorge und die Finanzierungsvorsorge in Höhe von insgesamt 45,5 Millionen Euro sind vollständig durch liquide Mittel gedeckt.

Nicole Grünewald erkundigt sich nach Fragen zum Jahresabschluss. Dies ist nicht der Fall.

Das Präsidium empfiehlt der Vollversammlung, den testierten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 in der vorliegenden Fassung festzustellen. **Hendrik Pilatzki** verliest den Beschlusstext. **Nicole Grünewald** stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 7

Die Vollversammlung der IHK Köln stellt den testierten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025 in der vorliegenden Fassung fest.

Ja: 61

Enthaltung: 0

Nein: 0

Hendrik Pilatzki erläutert anschließend die vorgeschlagene Ergebnisverwendung. Das Ergebnis 2025 soll in Höhe von 13.283.384,41 Euro auf neue Rechnung vorgetragen werden. Er weist darauf hin, dass im Wirtschaftsplan 2026 zunächst noch mit einem deutlich geringeren Ergebnis gerechnet worden war. Der nun höhere Betrag soll der Finanzierungsvorsorge für das Bauprojekt „IHK Köln der Zukunft“ zugeführt werden.

Nicole Grünewald dankt Hendrik Pilatzki, dem Beitrags- und Finanzausschuss sowie dem Team des Hauptamtes für die Arbeit am Jahresabschluss und stellt den zweiten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS 8

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt, das Ergebnis 2025 in Höhe von 13.283.384,41 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Ja: 62

Enthaltung: 1

Nein: 0

Da die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer Johannes Cramer und Jürgen Pütz an der Sitzung nicht teilnehmen können, übernimmt **Heinrich Philipp Becker** den Bericht. Er teilt mit, dass die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer an der Schlussbesprechung mit der Rechnungsprüfungsstelle teilgenommen haben und

auch aus ihrer Sicht nichts zu beanstanden ist. Er dankt allen Beteiligten für die aktive Mitarbeit bei der Erstellung des Jahresabschlusses, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und des Lageberichts.

Heinrich Philipp Becker empfiehlt der Vollversammlung, der Präsidentin, dem Präsidium und dem Hauptgeschäftsführer für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung zu erteilen.

Nicole Grünewald dankt Heinrich Philipp Becker und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS 9

Die Vollversammlung der IHK Köln erteilt der Präsidentin, dem Präsidium und dem Hauptgeschäftsführer für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung.

Ja: 64

Enthaltung: 0

Nein: 0

3.5 Gremien

3.5.1 Kooptationen in die Vollversammlung

Nicole Grünewald berichtet, dass in den Wahlgruppen 01, 17 und 26 durch das Nachrücken bereits kooptierter Mitglieder drei Kooptationssitze frei geworden sind. Kooptationen haben den Zweck, die wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks mit Blick auf Branchen, Unternehmensgrößen und die Bedeutung einzelner Gewerbegruppen besser in der Vollversammlung abzubilden. Maßgeblich ist dabei die Spiegelbildlichkeit der Vollversammlung.

Sie erläutert, dass Vorschläge zur Kooptation gemäß § 23 der Wahlordnung durch das Präsidium oder durch mindestens acht unmittelbar gewählte Mitglieder der Vollversammlung eingebracht werden können. Aus der Mitte der Vollversammlung sind keine Vorschläge eingegangen. Das Präsidium schlägt Stephan Drouvé, Nina Henschel und Daniel Koch zur Zuwahl in die Vollversammlung vor.

Nicole Grünewald weist darauf hin, dass die Kooptationen jeweils in geheimer Wahl erfolgen. Mittelbar gewählte Mitglieder der Vollversammlung sind bei Kooptationen nicht wahlberechtigt. Wählen dürfen nur die unmittelbar gewählten Mitglieder sowie die nachgerückten Mitglieder, die nun als unmittelbar gewählt gelten.

Für die Wahlgruppe 01 „Produzierendes Gewerbe Köln“ schlägt das Präsidium Stephan Drouvé, Bevollmächtigter und Sprecher der Niederlassung Köln der Siemens AG, vor.

Stephan Drouvé berichtet, dass er gebürtiger Kölner ist, in Köln studiert hat und seit nahezu 40 Jahren bei Siemens tätig ist. In dieser Zeit hatte er unterschiedliche Führungsaufgaben an mehreren Standorten in Deutschland inne. Seit 2019 leitet er die Niederlassung Köln. Dort arbeiten mehr als 1.000 Mitarbeitende in den Bereichen Beratung, Vertrieb, Projektierung, Projektabwicklung und Lifecycle Service, insbesondere für Industrie, Gebäudetechnik und Infrastruktur. Siemens ist seit 136 Jahren in Köln ansässig und bekennt sich zum Standort. Er betont, dass Köln vor großen Herausforderungen steht. Daraus können aber auch Chancen entstehen, wenn die richtigen Themen gemeinsam vertreten und gegenüber der Politik vorangebracht werden.

Nicole Grünewald dankt Stephan Drouvé für seine Vorstellung und stellt den Beschlussvorschlag zur geheimen Wahl.

BESCHLUSS 10

Die Vollversammlung der IHK Köln wählt Stephan Drouvé, Siemens AG, in Wahlgruppe 01 „Produzierendes Gewerbe Köln“ in die Vollversammlung der IHK Köln hinzu.

Ja: 46

Enthaltung: 1

Nein: 0

Nicole Grünewald stellt fest, dass Stephan Drouvé mit 46 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig gewählt wurde. Sie gratuliert ihm herzlich und heißt ihn in der Vollversammlung willkommen.

Für die Wahlgruppe 17 „Banken & Versicherungen gesamter Kammerbezirk“ schlägt das Präsidium Nina Henschel, Zurich Beteiligungs-AG, vor. **Nicole Grünewald** erläutert, dass die Bankenbranche bereits mit vier aktiven Mitgliedern in der Vollversammlung vertreten ist. Zur Verbesserung der Spiegelbildlichkeit soll daher eine Persönlichkeit aus der Versicherungswirtschaft hinzugewählt werden.

Nina Henschel berichtet, dass sie am 1. Juni 2026 bei Zurich gestartet ist und nun als Vorständin „Privat- & Gewerbekunden“ dem deutschen Management Board angehört. Zuvor war sie in mehreren Versicherungsunternehmen tätig, überwiegend in Köln, unter anderem bei AXA, R+V sowie ERGO/DKV. Sie hebt ihre Erfahrung und ihr Netzwerk in der Versicherungswirtschaft hervor und erläutert, dass sie unterschiedliche Perspektiven entlang der Wertschöpfungskette kennengelernt hat – vom Vertrieb über Spartenverantwortung bis hin zu Operations. Ursprünglich hat sie eine Ausbildung zur Industriekauffrau in der Automobilbranche absolviert und anschließend Marketing und Betriebswirtschaftslehre an der FH Köln und an der Florida Atlantic University studiert. Als gebürtige Kölnerin ist sie der Stadt und der Region eng verbunden, auch durch ihr Engagement im Kölner Karneval. Sie freut sich darauf, ihre Erfahrung und ihr Netzwerk in die Arbeit der Vollversammlung einzubringen.

Nicole Grünewald dankt Nina Henschel für die Vorstellung und stellt den Beschlussvorschlag zur geheimen Wahl.

BESCHLUSS 11

Die Vollversammlung der IHK Köln wählt Nina Henschel, Zurich Beteiligungs-AG, in Wahlgruppe 17 „Banken & Versicherungen gesamter Kammerbezirk“ in die Vollversammlung der IHK Köln hinzu.

Ja: 49

Enthaltung: 1

Nein: 0

Nicole Grünewald stellt fest, dass Nina Henschel mit 49 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig gewählt wurde. Sie gratuliert ihr herzlich und heißt sie in der Vollversammlung willkommen.

Für die Wahlgruppe 26 „Unternehmensnahe Dienstleister Rhein-Erft-Kreis“ schlägt das Präsidium Daniel Koch, Basell Germany Holdings GmbH, vor. Er ist Standortleiter des größten europäischen Werks von LyondellBasell in Wesseling.

Daniel Koch berichtet, dass er den Standort Wesseling von LyondellBasell leitet, an dem gemeinsam mit dem Standort Knapsack fast 2.000 Mitarbeitende beschäftigt sind. Das Unternehmen produziert Kunststoffe für den B2B-Bereich und setzt am Standort ein großes Projekt im Bereich Kreislaufwirtschaft um, er verweist auf die geplante Pyrolyseanlage. Daniel Koch ist Chemiker und seit rund 25 Jahren in der Industrie tätig. Vor seiner Tätigkeit bei LyondellBasell war er viele Jahre bei Covestro in verschiedenen Funktionen tätig. Sein beruflicher Weg führte ihn unter anderem nach Belgien, China und Thailand. Aus dieser internationalen Erfahrung bringt er Einblicke in unterschiedliche industrielle Rahmenbedingungen und Wettbewerbsbedingungen ein. Er betont, dass er seine Erfahrungen, insbesondere zur Transformation der Industrie, zur Kreislaufwirtschaft und zu internationalen Standortbedingungen, gerne in die Arbeit der Vollversammlung einbringen möchte.

Nicole Grünewald dankt Daniel Koch für die Vorstellung und stellt den Beschlussvorschlag zur geheimen Wahl.

BESCHLUSS 12

Die Vollversammlung der IHK Köln wählt Dr. Daniel Koch, Basell Germany Holdings GmbH, in Wahlgruppe 26 „Unternehmensnahe Dienstleister Rhein-Erft-Kreis“ in die Vollversammlung der IHK Köln hinzu.

Ja: 53

Enthaltung: 0

Nein: 0

Nicole Grünewald stellt fest, dass Daniel Koch mit 53 Ja-Stimmen einstimmig gewählt wurde. Sie gratuliert ihm herzlich und heißt ihn in der Vollversammlung willkommen.

Nicole Grünewald verpflichtet die neu kooptierten Mitglieder Stephan Drouvé, Nina Henschel, Daniel Koch und Louise Farina, die bisher nur virtuell an den Sitzungen teilnehmen konnte, mit Handschlag zur objektiven Wahrnehmung ihrer Aufgaben in der Vollversammlung.

Im Anschluss berichtet **Nicole Grünewald**, dass Dietmar Zühlke die EDEKA bzw. die Handelshof Stiftung verlassen und deshalb sein Mandat in der Vollversammlung zum 31. Mai 2026 niedergelegt hat. Dadurch rückt in Wahlgruppe 09 „Groß- und Außenhandel Köln“ Anke Eickhoff als ordentliches Mitglied der Vollversammlung nach, die bisher kooptiert war. Der dadurch frei gewordene Kooptationsplatz kann neu besetzt werden.

Nicole Grünewald erläutert, dass auch für diesen Kooptationsplatz Vorschläge gemäß § 23 der Wahlordnung durch das Präsidium oder durch mindestens acht unmittelbar gewählte Mitglieder der Vollversammlung mit schriftlicher Begründung bis vier Wochen vor der Sitzung beim Hauptgeschäftsführer eingereicht werden können. Die Beschlussfassung ist für die Vollversammlungssitzung am 28. September 2026 vorgesehen. Sie kündigt an, dass das Präsidium bereits beraten hat und Seniha Sahin, Geschäftsführerin der Vita Pura GmbH, in der kommenden Sitzung zur Kooptation vorschlagen wird.

3.5.2 Nachberufungen in die Ausschüsse und Beratenden Versammlungen

Nicole Grünewald teilt mit, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 9. Juni 2026 die nachfolgend genannten Mitglieder in den Ausschuss für Rechts- & Steuerpolitik, in den Ausschuss für Stadt- & Regionalentwicklung sowie in die Beratende Versammlung Oberberg nachberufen hat.

Ausschuss für Rechts- & Steuerpolitik:

- Dr. Caroline Vedder, Justiziarin, RTL Deutschland GmbH, Köln

Ausschuss für Stadt- & Regionalentwicklung:

- Cathrin Dauven, Mitglied des Vorstands, Sparkasse KölnBonn, Köln

Beratende Versammlung Oberberg:

- Jens Kämper, Geschäftsführer, BWO Bilden. Wirken. Oberberg. GmbH, Wiehl
- Jörn Richling, Mitglied des Vorstands, Volksbank Oberberg eG, Wiehl

Sie bedankt sich ausdrücklich bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich ehrenamtlich in den Gremien der IHK Köln engagieren und leitet über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

3.5.3 Video-Berichte aus den Gremien

Die Berichte aus den Gremien werden in kurzen Video-Statements präsentiert und sind auf den Webseiten der jeweiligen Gremien und unter folgendem Link abrufbar: <https://youtu.be/NmqPXnf6FIY>

Im Anschluss an die Video-Berichte geht **Nicole Grünewald** auf die Beratende Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg ein, die zuletzt bei Covestro in Leverkusen getagt hat. Sie erinnert daran, dass es über viele Jahre ein Wirtschaftsgremium Leverkusen gab. Auf Wunsch aus dem damaligen Gremium und auf Anregung des früheren Geschäftsstellenleiters Jörg Hausmann wurde im vergangenen Jahr eine gemeinsame Beratende Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg eingerichtet.

Die bisherigen Sitzungen der neuen Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg waren gut besucht, das Gremium ist positiv angenommen worden. Themen waren unter anderem relevante Standortfragen für die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis sowie der Austausch zwischen Wirtschaft und Politik. An den bisherigen Sitzungen nahmen u. a. der neue Landrat Arne von Boetticher, Oberbürgermeister Stefan Hebbel sowie zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der Region teil. Das Gremium tagt

abwechselnd im Rheinisch-Bergischen Kreis und in Leverkusen unter der Leitung der Vizepräsidenten Michael Metten und Stefan Bisanz.

Deshalb war es nicht nachzuvollziehen, dass einige Mitglieder des früheren Wirtschaftsgremiums Leverkusen gemeinsam mit Vollversammlungsmitglied Ernst Grigat ohne Abstimmung ein neues „Wirtschaftsgremium Leverkusen“, also analog der früheren IHK-Bezeichnung, gründen wollten. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Stefan Hebbel war man sich einig, dass die Namensgleichheit mit den anderen IHK-Wirtschaftsgremien in der Region nicht zielführend ist und zu Verwechslungen führen kann. Daher wurde der Name in „Wirtschaftsforum Leverkusen“ geändert. Vizepräsident Stefan Bisanz wird künftig seine Expertise in das Forum einbringen. So soll die Wirtschaft in Leverkusen gemeinsam – und nicht gegeneinander – nach vorne gebracht werden. Falls jemand aus der Vollversammlung künftig auf das Thema angesprochen wird, sind die Hintergründe damit transparent.

TOP 4 Sonstiges

Nicole Grünewald erkundigt sich nach aktuellen Themen, die nach Versand der Unterlagen Relevanz erhalten haben oder die Mitglieder der Vollversammlung ansprechen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Darüber hinaus informiert sie die Vollversammlung über folgende Termine:

09.07.2026, 13:00 Uhr	Circular Economy Forum in der IHK Köln
15.07.2026, 17:00 Uhr	Sommerfest der IHK Köln im Schokoladenmuseum
24.09.2026, 17:00 Uhr	Frauen-Business-Tag in der Kölner Flora
28.09.2026, 17:00 Uhr	Herbst-Vollversammlung in der IHK Köln
01.10.2026, 16:00 Uhr	Bestenehrung im Kölner Gürzenich
13.10.2026, 16:30 Uhr	IHK Inside in der IHK Köln
15.10.2026, 09:45 Uhr	KI to go II im Smartvillage
09.11.2026, 14:00 Uhr	Tag der Sicherheit in der IHK Köln
26.11.2026, 19:00 Uhr	Voradventliches Unternehmeressen des Netzwerks Mittelstand in der Kölner Flora
07.12.2026, 17:00 Uhr	Winter-Vollversammlung in der IHK Köln

Nicole Grünewald bedankt sich bei allen Teilnehmenden für den äußerst konstruktiven und angenehmen Sitzungsverlauf und die guten, wertschätzend geführten Diskussionen. Alle Mitglieder, die virtuell an der Sitzung teilgenommen haben, verabschiedet sie recht herzlich und lädt alle Anwesenden zum anschließenden Get-together ins Foyer ein.

Sie schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Köln, 21. Juli 2026

Dr. Nicole Grünewald
Präsidentin der IHK Köln

Dr. Uwe Vetterlein
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln

Alena Rej
Protokollantin